

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

**Verlagsort:**  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Goldpfennige ohne Bestelgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Nr. 171

Montag, den 25. Juli 1932

Jahrgang 105

# Das Ergebnis der Stuttgarter Länderkonferenz

## Reichskanzler v. Papen versichert, die Länderrechte zu achten und keine weiteren Reichskommissare einzusetzen

Stuttgart, 25. Juli. Am Samstag um 9.32 Uhr traf mit dem Berliner Schnellzug Reichskanzler von Papen in Begleitung von Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer und Ministerialrat Putz auf dem Stuttgarter Hauptbahnhof ein. Zur Begrüßung hatten sich der Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, der schon vorher aus Frankfurt eingetroffen war, eingefunden, ebenso Staatspräsident Dr. Brüning. Von Papen wurde schon an der Sperre mit stürmischen Heilrufen begrüßt. Vor der Sperre hatte sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, aus der heraus auch einige Rufe: „Nieder mit Papen!“ und „Heil Severing!“ gehört wurden.

Nach einem kurzen Aufenthalt im Reichsbahnhof begab sich der Kanzler mit seiner Begleitung direkt ins Staatsministerium. Der bayerische Staatspräsident, der thüringische Ministerpräsident und Bürgermeister Spitta von Bremen waren schon vorher in Stuttgart angekommen.

### Ueber das Ergebnis der Länderkonferenz

wird von zuständiger Seite mitgeteilt: In der Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder wurden die wichtigsten Fragen der auswärtigen und inneren Politik in vertraulicher eingehender Aussprache, an der sich alle Minister und Ländervertreter beteiligten, erörtert. Die Konferenz nahm mit Befriedigung von der Zustimmung Kenntnis, daß die Reichsregierung durchaus auf föderalistischem Boden stehe und die Rechte der Länder in keiner Weise antasten wolle. Der Reichskanzler betonte, daß die notwendig gewordene Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen nur eine vorübergehende Maßnahme darstelle. Eine Ausdehnung dieser Maßnahme auf die anderen Länder komme nicht in Frage, weil nach Ansicht der Reichsregierung in den anderen Ländern Ruhe und Ordnung sichergestellt sind. Der Reichskanzler erklärte namens der Reichsregierung ausdrücklich, daß die Reichstagswahlen programmäßig am 31. Juli stattfinden werden. Die Regierung hoffe, den Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg in den nächsten Tagen aufheben zu können. Soweit von den Ländern Bedenken gegen die Maßnahmen der Reichsregierung vorgebracht wurden, anerkannte der Reichskanzler dankbar deren sachliche Vertretung. Reichsregierung wie die Länderregierungen waren sich einig, daß die Autorität der Reichsregierung und der Länderregierungen ungeschmälert aufrecht erhalten werden müsse. Zu diesem Ziel ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern beiderseits anerkannter Notwendigkeit.

Das „Stuttgarter Neue Tagblatt“ weiß noch zu berichten, daß die Verhandlungen, die sich an den Bericht des Reichskanzlers angeschlossen, in der Sache scharf gewesen seien aber in ruhigem Tone geführt worden sind. Vor allem hätten die größeren Länder schwere Bedenken und Einwendungen vorgebracht, die sich in erster Linie auf dem Gebiet der Reichspolitik bewegten. Auch die Vorgänge und Ergebnisse in

Lausanne seien in die Aussprache mit einbezogen worden. Der Reichsvorsitzende des Christlich-sozialen Volksdienstes, Reichstagsabgeordneter S impje n d ö r j e r - K o r n a l, hatte kurz vor Beginn der Länderkonferenz im Staatsministerium eine Aussprache mit Reichskanzler von Papen und Reichsinnenminister Frhr. v. Gayl, in der er ihnen die Auffassung des Christlichen Volksdienstes über die Lage im Reich wie in Preußen darlegte. Beide Herren nahmen diese Darlegung mit großem Interesse entgegen und charakterisierten ihrerseits zu den einzelnen Fragen die Auffassung der Regierung. Die Aussprache war vertraulich. — Die Länderkonferenz war um 5.30 Uhr zu Ende. Nach ihrer Beendigung unternahm der Reichskanzler mit andern Konferenzteilnehmern eine Fahrt zum Schloß Solitude und kehrte von dort ins Reichsbahnhof zurück. Als er gegen halb 8 Uhr in Begleitung des Reichsinnenministers Freiherr v. Gayl, des Ministerialrats Putz und des Barons v. Versner das Hotel zur Abreise verließ, ertönten in der Bahnsteigvorhalle, wo sich Publikum angesammelt hatte, lebhaftes Hoch- und Heilrufe. Der Reichskanzler und der Reichsinnenminister sind am Sonntagmorgen wieder in Berlin eingetroffen.

## Die Preußenklage vor dem Staatsgerichtshof

### Heute Verkündung der Entscheidung.

St. Leipzig, 25. Juli. Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke hat den Termin zur Verkündung der Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich in Sachen der früheren preußischen Regierung gegen das Reich wegen Einsetzung eines Reichskommissars mit dem Ziel des Erlasses einer einseitigen Verfügung auf den heutigen Montag, 1 Uhr mittags, festgesetzt.

Im Verlauf der Samstag-Verhandlung verlas Ministerialdirektor Dr. Badt ein Gutachten, das der Heidelberger Professor Anshütz für die klagende preußische Regierung ausgearbeitet hat. Darnach ist Anshütz in seinen sämtlichen Ausführungen mit der Klage, besonders auch ihren rechtlichen Darlegungen, einverstanden. Nach seiner Auffassung steht der Einsetzung eines Reichskommissars nichts im Wege, „aber doch nur, wenn die im Artikel 48 angegebenen Voraussetzungen vorliegen. Sie sind aber im vorliegenden Falle nicht gegeben“. Es sei also 1. kein Grund zu der Anordnung der Reichsregulierung vorhanden; 2. auch nicht zu den durch Diktaturverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli angeordneten Eingriffen in das Selbstbestimmungsrecht des preußischen Staates. Der Reichskommissar habe außerdem das Recht, den Mitgliedern der Regierung die Ausübung ihrer Amtsbefugnisse zu untersagen, nicht aber habe er das Recht, Minister und andere Beamte rechtswirksam abzusetzen und ihre Amtsnachfolger zu ernennen.

## Der Wahlkampf im Reich

### Wahlreden Hitlers.

Im weiteren Verlauf seiner Reise durch Deutschland sprach Hitler in Wuppertal, Essen, Gladbach und Bochum. Er führte u. a. aus, daß es lächerlich sei, wenn jetzt Zentrum und Sozialdemokraten anfangen, für die Freiheit zu schwärmen, nachdem beide Parteien 13 Jahre lang die Freiheit verfolgt und mißbraucht hätten. Genau so lächerlich sei es, wenn diese Kreise jetzt entdecken, daß es unmöglich sei, Reparationen zu zahlen. Von denselben werde jetzt darüber geschrieben, daß in Lausanne eine Zahlungsverpflichtung von 3 Milliarden unterzeichnet worden sei, die noch vor nicht allzulanger Zeit Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 130 Milliarden unterschrieben hätten. Nur die Nationalsozialisten hätten ein Recht, gegen die Zahlung dieser 3 Milliarden aufzutreten. Schon jetzt könne gesagt werden, daß diese Summe niemals gezahlt werden würde, ganz einfach deshalb nicht, weil die Nationalsozialisten nicht wollten.

### Hugenberg's Entschuldigungsplan.

Dr. Hugenberg sollte am Samstag abend im Deutschen Stadion Grunewald auf einem von der DMBP veranstalteten Deutschen Tag sprechen. Die Rede konnte nicht gehalten werden, da die Lautsprecheranlage durch einen Sabotageakt beschädigt worden war. In einer Rede in Liegnitz, in der er positive Vorschläge zur Regelung unserer inneren Schuldenwesens machte, wies Dr. Hugenberg zunächst darauf hin, daß zu den Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Gesundung Deutschlands auch die Abtragung des Turmbaues von Schulden gehöre, unter dem die Betriebe seufzen und sterben. Es müsse eine „Kon-

vertierung“, eine Umwandlung der Schulden in ganz niedrig verzinsliche und allmählich zu tilgende Amortisationsschulden, erfolgen. Der Tilgungsbetrag dürfe aber nicht dem einzelnen Gläubiger ausgezahlt werden, der ihn dann vielleicht verzehren und das Gefühl haben würde, sein Kapital eingebüßt zu haben. Der Tilgungsbetrag müsse vielmehr bei den einzelnen Gläubigerinstitutionen angesammelt und zur allmählichen Auslösung der von dem Verfahren erfassten Forderungen verwandt werden. Bei entsprechender Gestaltung dieser Bestimmung werde dadurch jeweils ein erheblicher Betrag schwimmender Gelder zusammen kommen. Er würde im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, insbesondere zur zeitweiligen Lombardierung sowie auch Diskontierung von Teilen der fraglichen Forderungen zu verwenden sein. Das alles sei gewiß auch ein Staats eingriff. Aber gegenüber den zwecklos Kapital zerstörenden Eingriffen der sogenannten Diktatur und manchen Diktaten der Notverordnung sei es ein Eingriff mit weiser Hand.

### Brüning in Bielefeld.

Dr. Brüning ging am Sonntag in einer Zentrumsumgebung in Münster u. a. auf die letzten Veränderungen in Preußen ein. Man könne einen Streich gegen Preußen führen, wenn man ihr für nötig halte, aber dann in einer Form, die nicht das Volk bis in seine letzten Tiefen aufwühle. Eine schlechtere Anwendung des Artikel 48 der Reichsverfassung wie in den vergangenen Tagen habe er bisher noch nicht erlebt. Mit Maßnahmen, wie sie in den letzten Tagen erfolgt seien, treibe man eine große Partei, die man doch nicht mit Staatsmitteln vernichten könne, die Sozialdemokratie, in die Negation und den Radikalismus.

## Tages-Spiegel

Auf der Stuttgarter Länderkonferenz hat Reichskanzler von Papen die Versicherung abgegeben, daß die Rechte der Länder geachtet und keine weiteren Reichskommissare eingesetzt werden würden. Diese Zusage soll auf die Konferenzteilnehmer beruhigend gewirkt haben.

Der militärische Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg soll am Mittwoch wieder abgebaut werden.

Das Urteil des Staatsgerichtshofes in Leipzig über die Preußenklage wird heute mittags 1 Uhr verkündet.

Reichspräsident v. Hindenburg wird vom 9. bis 12. August wieder in Berlin sein und während dieser Tage die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder bei sich empfangen.

In dieser Woche werden Redner aller größeren politischen Parteien im Rundfunk zu Wort kommen. Heute sprechen Vertreter des Christlich-sozialen Volksdienstes und des Landvolks zu den Reichstagswahlen.

Der Raketenforscher Silling-Osnabrück hat ein neuartiges Raketenflugzeug konstruiert, welches sich automatisch von geringen Beschleunigungswerten beim Aufstieg auf hohe Höhe und Endgeschwindigkeit umstellt. Praktische Versuche verliefen zufriedenstellend.

## Immer wieder politische Zusammenstöße

### Kein Sonntag ohne Todesopfer

In Böblingen kam es gestern zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zu einer Schlägerei, in deren Verlauf zwei Nationalsozialisten lebensgefährlich verletzt wurden. 6 Kommunisten wurden in Haft genommen. — In Neumünster wurden 6 SA-Leute, die im westlichen Stadteil Wahlzettel verteilten, in der Verdenstraße von zahlreichen politischen Gegnern überfallen und zum Teil schwer verletzt. Vier der Mißhandelten wurden mit Stich- und Hiebverletzungen ins Krankenhaus geschafft. — In der Nacht zum Sonntag gerieten, wie das Polizeipräsidium Dortmund mitteilt, Nationalsozialisten und Reichsbannermitglieder aneinander. Bei der Schlägerei wurden zwei Personen, deren Parteizugehörigkeit noch nicht feststeht, erheblich verletzt. Im benachbarten Linen wurde am Sonntag mittags ein Nationalsozialist von einem Kommunisten angegriffen. Der Angreifer wurde von einem zweiten hinzukommenden Nationalsozialisten zu Boden geschlagen. Der Kommunist wurde schwer verletzt. — Bei der Rückfahrt von Nationalsozialisten von der Hiltlerkundgebung in Siegnitz kam es vor dem Volkshaufe in D u n z l a u zu tätlichen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten auf der einen und Nationalsozialisten auf der anderen Seite. Es wurden mehrere Schüsse abgegeben. Der Reichsbannermann Josef Schreiber aus Bunszlau wurde getötet und mehrere Nationalsozialisten und Kommunisten verletzt. Insgesamt soll die Zahl der Verletzten 15 betragen. — In Krefeld (Kreis Wolfenbüttel) entstand eine Schlägerei zwischen Anhängern der Eisernen Front und Nationalsozialisten, an der sich etwa 150 Mitglieder der Eisernen Front und 50-60 Nationalsozialisten beteiligten. Im Verlauf des Zusammenstoßes fielen mehrere Schüsse. Dem Krankenhaus wurden zwei schwerverletzte Mitglieder der Eisernen Front und zwei schwerverletzte Nationalsozialisten eingeliefert.

## Frankreich denkt nicht an Abrüstung

### Die Abstriche am Heereshaushalt schwächen nicht die Militärstärke.

St. Paris, 25. Juli. Der französische Kriegsminister Paul Boncour erklärte am Sonntag auf der Schlußsitzung des Kongresses der französischen Reserveoffiziere, daß Frankreich den Beweis geliefert habe, daß es endgültig auf den Krieg verzichte und seine Armee nur für die eigene Sicherheit unterhalte. Die Abstriche, die kürzlich am Heereshaushalt vorgenommen seien, schwächen in keiner Weise die Militärstärke. Für die Zukunft sei es notwendig, die Organisierung der Verteidigung der französischen Außenpolitik anzupassen. Diese Außenpolitik müsse vornehmlich in der Erweiterung der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit und der Verbesserung der Sicherheit bestehen. Der Rüstungswettlauf müsse aufhören, um Rüstungseinsparungen Platz zu machen. In den Sicherheitsgarantien, die man Frankreich anbiete, werde man ermessen können, was Frankreich als Gegenleistung dafür zu bieten in der Lage sei. Paul Boncour schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Abrüstung und Sicherheit nach wie vor eng miteinander verbunden bleiben müßten.

Wifn!  
schelden  
stlichen,  
Dank.  
twe.  
1932.  
chtiger  
lieben  
+  
in und  
a. D.  
al  
sicher-  
is und  
0 an die  
ou  
rische  
ffel  
mdgras  
e Widmaier  
932  
Glücks-  
tasche  
mit 10 Loosen  
franko  
mit Loto  
5 Mk.  
rktstr. 6  
ch. Koln 19 2045  
ar,  
g.  
KE  
Calw  
wert die  
gblatt“.

## Verschlechterung der deutsch-italienischen Beziehungen

Die am Auslande allgemein überraschende Neu- und Umbildung der italienischen Regierung steht nächst den inner-deutschen Vorgängen im Brennpunkt europäischen Interesses. Mussolini hat selbst die Zügel des Außen- und Korporationsministeriums in die Hand genommen. Grandi wurde die Londoner Botschaft übertragen, nachdem er schon gegen Ende der Lausanner Konferenz durch den ententefreundlichen italienischen Finanzminister Morozzini ersetzt worden war. Dieser Kurswechsel innerhalb der italienischen Außenpolitik war durch die besonderen Kräfteverhältnisse auf der Lausanner Konferenz bedingt worden. Man gewinnt heute auf Grund der italienischen Pressestimmen immer mehr den Eindruck, daß Italien sich in Lausanne regelrecht von der deutschen Delegation im Stich gelassen fühlte, und nur, um nicht überhaupt einen Anschluß an die Westmächte zu verpassen, verstand die italienische Regierung sich schließlich dazu, das berüchtigte Geheimabkommen auch mit zu unterzeichnen.

Italien soll in Lausanne Deutschland vor die Entscheidung gestellt haben, sich entweder für ein entschlossenes Zusammenarbeiten mit Italien und der Sowjetunion oder für eine Annäherung an die Westmächte zu erklären. Ersteres wäre — besonders seit der abermaligen Versiegelung der englisch-französischen Entente — der einzige Weg, der gegebenenfalls zur Beseitigung der französischen Hegemonialpläne in Europa führen könnte. Nunmehr hat es den Anschein, als habe die italienische Regierung bei dem deutschen Außenminister von Neurath, der, obwohl er doch längere Zeit deutscher Botschafter in Rom war, sich infolge seiner neueren Londoner Beziehungen wohl mehr als früher nach dem Westen orientiert hat, nicht die erforderliche und erwartete Unterstützung ihres antispanischen Kurses in Lausanne gefunden, auch nicht bei Reichskanzler von Papen, der wohl noch immer als eifriger Verfechter einer sehr weitgehenden deutsch-französischen Annäherung angesehen werden kann.

Rom hatte den deutschen Reichskanzler sozusagen schon im schwarzen oder braunen Hemd gesehen, bereit, gegen die Versailler Konfession protestierend und mit der eisernen Faust auf den Verhandlungstisch schlagend, statt dessen erfolgte ein Rückzug hinter die Diskriminierungslinie mit Verbeugung, ein Aufstehen. Geschmeidig, taktvoll, klug vielleicht — nur nicht faschistisch, ließ sich kürzlich eine neutrale ausländische Zeitung von ihrem italienischen Korrespondenten aus Rom melden. Und weiter: „Man ist in dessen bereit, noch einmal zu hoffen, diesmal auf den 31. Juli. Kommt es an diesem Sonntag zu einem Marsch auf Berlin, sei es also auch auf ganz legalem, parlamentarischem Wege, erdringt der deutsche Nationalismus die Macht, so verändert sich nach römischer Ueberzeugung das Bild in Genf und in Lausanne von Grund auf“. Diese Worte sollten auch uns Deutschen zu denken geben. Sie zeigen deutlich, welche starken Hoffnungen man heute noch immer in Italien auf ein nationales Deutschland setzt, aber auch, daß man es in Rom nicht eingesehen hat, weshalb die deutschen Vertreter in Lausanne das sogenannte „gentleman-agreement“ überhaupt direkt oder indirekt anerkannt haben. Die Nachgiebigkeit Deutschlands in diesem Punkt mußte naturgemäß die Stellung Italiens, das mehr deutsche Rückendeckung erwartet hatte, auf der Konferenz sehr erschweren. Italien wurde dadurch gezwungen, eine ungewollte Annäherung an den französischen Standpunkt zu suchen, worüber natürlich große und gern zur Schau getragene Schadenfreude am Quai d'Orsay herrschte. Mussolini hatte bekanntlich nur kurz vor Konferenzbeginn öffentlich erklärt, wenn Deutschland hart bliebe und Nein! sage, werde es auch Italien tun. Die natürliche Revisionspolitik gegen die unsinnigen Bestimmungen und Auswirkungen der von französischer Siegerwillkür diktierten sogenannten „Friedensverträge“ schuf im Laufe der letzten Jahre das Empfinden einer gewissen Schicksalsgemeinschaft zwischen Deutschland und Italien. Dieses faschistische Italien stützte auf internationalen Konferenzen den deutschen Standpunkt gewiss im eigenen Interesse, aber diese Stützungsaktion kam immerhin auch Deutschland zugute.

Der veränderten Sachlage entsprechend hat sich die italienische Regierung bemüht, mit den Wölfen zu heulen. Doch war die Mißstimmung der italienischen Presse und Öffentlichkeit über das für Italien überaus magere Ergebnis der Lausanner Konferenz zu groß, um sich stillschweigend mit den gegebenen Tatsachen abzufinden. In Rom fühlt man sich isoliert und ist nun auf der Suche nach neuen Anschlüssen. Sache der deutschen Außenpolitik wird und muß es sein, die augenblicklich getriebene Interessengemeinschaft mit Italien wieder zu verbessern.

## Die Abrüstungskonferenz vertagt

II. Genf, 24. Juli. Die Vollversammlung der Abrüstungskonferenz hat am Samstag in einer kurzen offiziellen Sitzung einstimmig die Verlängerung des auf Vorschlag der italienischen Regierung im Vorjahr beschlossenen Rüstungsfeierjahres vom 6. November ds. Js. an auf vier Monate beschlossen. Der Schluß der Sitzung verlief in einer ununterbrochenen Reihe von Dankeserklärungen.

Die große Vertagungserklärung der Abrüstungskonferenz ist vom Hauptauschuß mit 41 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen worden. 14 Staaten nahmen an der Sitzung nicht teil. Die Abstimmung erfolgte namentlich. Gegen die Entschließung stimmten nur Deutschland und Sowjetrußland. Der Stimme enthielten sich Afghanistan, Albanien, Desterreich, China, Bulgarien, Ungarn, Italien und die Türkei. Beim Aufruf Deutschlands gab Botschafter Rabolny eine kurze Erklärung ab: Die deutsche Abordnung stimmt gegen die Entschließung aus den entscheidenden Gründen, die in der Erklärung der Reichsregierung dargelegt worden sind. Die deutsche Abordnung stimmt aber keineswegs gegen den Grundsatz der entscheidenden Herabsetzung aller Rüstungen und keineswegs gegen die großen Richtlinien des Vorschlages des Präsidenten Hoover. Die deutsche Regierung ist nach wie vor entschlossen, die große Idee der Abrüstung mit allen Kräften zu vertreten.

In einem Leitartikel beschäftigt sich die „Times“ mit der Abrüstungsentschließung, die sachlich sehr enttäuschend. Nach der fünfjährigen Arbeit des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses und nach fünfmonatigen Verhandlungen der Konferenz sei tatsächlich nichts weiter als ein neues Programm herausgekommen. So bleibe nur übrig, dafür zu sorgen, daß dieses Programm nicht auch noch verwässert werde. Beson-

ders scharf kritisiert die „Times“, daß die Abrüstungsentschließung keinen Versuch mache, die Ungleichheit abzuschaffen, die eine der hauptsächlichsten Ursachen für die politische Unruhe in Europa sei. Es sei ganz unmöglich, daß in einem allgemeinen Abrüstungsplan Länder wie Deutschland, Desterreich, Ungarn und Bulgarien in eine besondere Kategorie fielen.

## Die Teilnehmer der Ministerkonferenz in Stuttgart



Reichskanzler von Papen



der bayerische Ministerpräsident Heß



der württ. Staatspräsident Dr. Volz



der badische Staatspräsident Dr. Schmitt



der thüring. Ministerpräsident Baum



der hessische Staatspräsident Adeling



der mecklenburgische Ministerpräsident Granzow



der braunschweigische Staatsminister Richtenal

## Aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung

II. Berlin, 23. Juli. Die nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932 auszuführenden öffentlichen Arbeiten kommen jetzt, soweit sie auf dem Gebiete des Verkehrswezens und der Wasserwirtschaft liegen, nach einer Mitteilung des Reichsinnenministeriums in Gang. Sie sollen in der Hauptsache mit Hilfe der deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten AG. (Dessa) finanziert werden. Der von der Dessa zu beschaffende Betrag wird sich auf insgesamt 110 Mill. RM. belaufen, für den das Reich entsprechend der Notverordnung vom 6. Juni 1931 die Garantie übernimmt. 50 Mill. von diesem Betrag sollen für den Bau von Wasserstraßen, 60 Mill. für den Bau von Landstraßen Verwendung finden. Hierzu kommen noch 15 Prozent des Gesamtbetrages, die von der Reichsanstalt zur Verfügung gestellt werden, sowie ein noch nicht feststehender Betrag, der von Seiten von Unternehmerfirmen in Gestalt von Kreditgewährung zugeführt werden soll. Insgesamt werden etwa 160 Mill. RM. für diese Zwecke aufgewandt werden. Die Arbeiten sollen in der Hauptsache als Notstandsarbeiten, in geeigneten Fällen auch durch den Freiwilligen Arbeitsdienst durchgeführt werden. Sie sind sämtlich an Unternehmer zu vergeben. Bei größeren Arbeiten soll darauf Bedacht genommen werden, daß durch hinreichende Unterteilung der Lose eine möglichst große Zahl von Unternehmern berücksichtigt wird.

### Ausdehnung des Arbeitsbeschaffungsprogramms?

Nach Informationen des DSD. schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzministerium und der Reichsbank über die Möglichkeiten, das Arbeitsbeschaffungsprogramm über das bisher festgelegte Ausmaß noch zu erweitern. Es handelt sich um die Beschaffung eines Kredites von 200 Mill. RM. für Straßenbau und Hochwasserschutz sowie um weitere 50 Millionen RM. für den Freiwilligen Arbeitsdienst. Augenscheinlich wird angestrebt, die Zustimmung der Reichsbank dazu zu erhalten, daß auch die neuen Mittel in ähnlicher Form wie dies für den Straßen- und Wasserbau bekanntgegeben ist, durch Wechselkredit finanziert werden.

## Der neue Kurs in Preußen

### Neue Ordnung im Berliner Polizeipräsidium

— Berlin, 24. Juli. Auf Anordnung des beauftragten preussischen Ministers des Innern hat der Polizeipräsident von Berlin einige Änderungen der Geschäftsverteilung innerhalb seiner Verwaltung vorgenommen.

In der politischen Abteilung ist sichergestellt, daß die Bearbeitung der sogenannten „radikalen Linksbewegung“ in der Hand von Sachbearbeitern liegt, die in ihrer politischen Ueberzeugung sich von dieser Bewegung klar absetzen. In der Abteilung IV, in der u. a. kulturelle Angelegenheiten bearbeitet werden, werden in Zukunft alle kulturellen Fragen durch Beamte bearbeitet, die für ihre Person positiv auf dem Boden christlicher Weltanschauung und Kulturauffassung stehen.

Der Militärbefehlshaber von Groß-Berlin und der Provinz Brandenburg hat am 22. Juli 1932 gegen die Reichsbannerführer Major a. D. Anker und Robert Dreuer

**Ständiges Inferieren bringt dem Geschäftsmann Nutzen!**

Schutzhaftbefehl erlassen. Die beiden Genannten sind dringend verdächtig, in einer Versammlung der Eisernen Front die Reichsregierung und die Träger der völkischen Gewalt beschimpft und die Eisernen Front zur Illegalität aufgefordert zu haben.

## Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes im Fall Preußen



Reichsgerichtspräsident Bunte

## Kleine politische Nachrichten

**Besprechungen über den Freiwilligen Arbeitsdienst.** Nachdem der Reichsarbeitsminister die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt hat, wurden diese vom Reichskommissar zu einer ersten Dienstbesprechung nach Berlin berufen. Die Besprechung diente zunächst der Feststellung des jetzigen Standes der Arbeiten im Freiwilligen Arbeitsdienst und dem Austausch der bisher gemachten Erfahrungen. Die Vorbereitungen für die weiteren Maßnahmen sind so getroffen, daß sofort nach dem Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen der Ausbau in Angriff genommen werden kann.

**Weitere englische Waren mit Sonderzöllen von Irland belegt.** Das irische Kabinett nahm eine lange Liste englischer Waren an, die den neuen irischen Sonderzöllen unterworfen werden. Wie verlautet, werden die Zölle teilweise einem Einfuhrverbot gleichkommen. Der Landtag hat seine Zustimmung gegeben.

## Bestellen Sie das Galtwer Tagblatt!

**Feuerüberfall auf die Filiale der sowjetrussischen Staatsbank in Leningrad.** Nach einer Meldung aus Leningrad wurde dort ein Feuerüberfall auf die Filiale der Staatsbank verübt. Acht mit Maschinengewehren bewaffnete Männer drangen in das Gebäude und raubten größere Geldbeträge. Sie versuchten zu entkommen, wurden jedoch von Beamten der OGPU gestellt und nach einem kurzen Feuergefecht festgenommen. Die Banditen werden zum Tode verurteilt werden.

**Schlacht bei Sao Paulo.** Meldungen aus Rio de Janeiro zufolge ist in der Nähe von Sao Paulo eine erbitterte Schlacht zwischen Aufständischen und Regierungstruppen im Gange. Die Aufständischen behaupten, die Regierungstruppen geschlagen und ihren Oberbefehlshaber, General Lavoura, gefangen genommen zu haben. Diese Meldungen werden von Regierungsseite auf das entschiedenste dementiert.

## Vom Deutschen Sängerbundesfest Volkstümliche Kundgebungen in Frankfurt.

Im Rahmen der volkstümlichen Weisheit, die anläßlich des Sängerbundestages in der Frankfurter Festhalle stattfand, hielt Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, stürmisch begrüßt, eine Ansprache, in der er die Grüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung, die besonders den Brüdern und Schwestern jenseits der Grenzen des Reiches galten, überbrachte. Wenn er trotz der Sorgen und Nöte, die auf der Reichsregierung lasten, nach Frankfurt gekommen sei, so nur deshalb, weil der Reichsregierung über der Sorge des Tages das Volk und das Volkstum stehe. Die Reichsregierung lehne es ab, in dieser Notzeit Feste zu feiern. Wenn sie dennoch an der Tagung des Deutschen Sängerbundes in Frankfurt teilnehme, so geschehe das, weil es sich hier nicht eigentlich um eine Feier, sondern um eine Veranstaltung von volkspolitischem Wert handele. Die deutschen Volksgenossen, die aus allen Teilen der Welt nach Frankfurt gekommen seien, sollten in dem Bewußtsein bekräftigt werden, daß sie zu uns gehörten, was auch immer kommen möge.

In der Paulskirche sprach der Vorsitzende des Festausschusses, Dr. Karl Hermann-Frankfurt a. M., über die deutsche Einheitsbewegung. Diese Einheit wäre so lange nicht umfassend, als man die Saarländer vom Mutterlande fernhalte, so lange die Grenzfrage im Osten nicht gelöst sei und so lange die Vereinigung mit unseren ostdeutschen Stammesbrüdern verhindert wird. Generaldirektor Dr. Hans Neubacher, Obmann des Österreichisch-deutschen Volksbundes Wien, schilderte den Kampf Österreichs um den Zusammenbruch mit dem Deutschen Reich. Er legte dar, wie alle Bemühungen, die Deutschen Mitteleuropas nach Osten und Südosten zu organisieren, mißlingen mußten, und schloß mit dem Wort: Lassen Sie mich in dieser ersten Stunde im Namen der alten Ostmark des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation sagen: Wir werden niemals ermüden, wir werden uns niemals ergeben, wir werden niemals daran zweifeln, daß wir mit Euch Großdeutschen ein besseres Europa erkämpfen werden, in dem das deutsche Volk zum Wohl der Menschheit frei und stark seiner geschichtlichen Sendung leben kann.

### Letzter Tag des Frankfurter Sängerbundesfestes

Der Sonntag brachte das dritte Hauptkonzert, das unter Leitung von Prof. Gustav Wohlgenuth-Leipzig und Hofrat Prof. Viktor Keldorfer-Wien stattfand. Mit einem gewissen Bangen schauten Hunderttausende von Augen nach dem Himmel, ob der durch die Klippen der Notverordnung glücklich hindurchgerettete Festzug seinen programmmäßigen Verlauf nehmen könne. Aber Petrus hatte ein Einsehen. Nachdem einige Regenwolken verschwinden waren, strahlte die helle Sonne auf den malerischen Fahnenwald des Zuges, der in fünfstündigem Marsch durch die festlich geschmückten Straßen zog und die Aufgabe hatte, das Bestreben des deutschen Sängers zum deutschen Liede darzustellen. Um 16 Uhr machte der Zug für 2 Minuten Halt. Die Musikkapellen intonierten „Ich hatt einen Kameraden“ und unter dem Gelächte aller Stützen der Kirchen wurde auf diese Weise der Gefallenen gedacht. Der Deutsche Sängerbund beschloß am Sonntag, das nächste Sängerbundesfest im Jahre 1937 in Leipzig abzuhalten.



Blick auf die Sängermassen während des Festkonzertes auf dem Römerberg unter dem Dirigenten Mers.

## Politische Kurzmeldungen

Ministerialrat Dr. Scholz, der Rundfunkberichterstatler des Reichsinnenministeriums, ist zur Nationalsozialistischen Partei übergetreten, nachdem er vor kurzem bei den Deutschen Nationalen ausgetreten ist. Ministerialrat Dr. Scholz soll die neue Stellung eines politischen Direktors der Reichs Rundfunkgesellschaft erhalten. — Der ehemalige Reichsfinanzminister v. Schleien ist in der chirurgischen Klinik in Halle, wo er sich einer Blasenoperation unterzogen hatte, an den Folgen einer Embolie gestorben. — In Berlin fand eine Gruppenführertagung der SA statt. Die Tagung stand unter der Leitung von Stabschef Röhm, der die Gruppenführer und andere höhere SA-Führer zusammenberufen hatte, um mit ihnen die Lage auf Grund der Berliner Ereignisse zu besprechen. — Für die Berliner Schutzpolizei ist der Urlaub gesperrt worden. Eine Begründung dafür wird von amtlicher Stelle nicht gegeben, jedoch dürfte diese Maßnahme mit den Reichstagswahlen in Zusammenhang stehen. — Der bisherige italienische Außenminister Grandi ist zum italienischen Botschafter in London ernannt worden. — Wie aus Addis-Abeba gemeldet wird, ist der aus dem Gefängnis entwichene frühere abessinische Kaiser Idi Jassu nach einer ausgedehnten Verfolgung mit 15 000 Mann Regierungstruppen nunmehr in der Gebirgsgegend der Provinz Goggam wieder gefangen genommen worden. Idi Jassu wurde in ein anderes Gefängnis in der Nähe der Hauptstadt gebracht. — Auf Anweisung des Verteidigungsministers von Südafrika sind drei Militärführer angeklagt worden nach der Hauptstadt des Mandats Südwesafrika entsandt worden. In Windhof werden sie dem

Verwalter des Mandats für einen Strafzug gegen die Dwabos zur Verfügung gestellt, die im Norden des Mandatsgebietes leben. Die Behörden hielten sich in Stillschweigen über den Umfang der Unruhen.

## Bombenanschlag in Sachsen

Lu. Limbach, 24. Juli. Am Samstag nachmittag ertönte in Limbach bei Chemnitz eine furchtbare Detonation. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß vor einem Grundstück in der unteren Helenestraße, in dem sich eine Schuhmacherwerkstatt befindet, ein Sprengstoffanschlag verübt worden war. Auf beiden Seiten des Grundstücks wurden in einer Entfernung bis zu 70 Metern die Fensterscheiben bis zum dritten Stockwerk von dem ungeheuren Luftdruck eingedrückt. Auch sonst zeigten die Gebäude mehr oder weniger große Schäden. Der Sprengkörper ist vermutlich eine behelfsmäßig angefertigte Bombe. Wäre die Bombe in das Haus gelegt worden, so hätte sie unübersehbares Unheil angerichtet. Die Täter sind bisher unbekannt. Personen sind nicht verletzt worden.

## Aus Württemberg

**Beschleunigte Behandlung der Revisionen in Strafsachen**  
Eine Verordnung des Justizministeriums über die beschleunigte Behandlung der Revisionen in Strafsachen bestimmt: Nach den Erfahrungen sowohl des Reichsgerichts als des Oberlandesgerichts ist der Zeitraum, der in Strafsachen zwischen der Einlegung der Revision und der Vorlegung der Akten an das Revisionsgericht liegt, in vielen Fällen zu groß. Bei der Bedeutung, die gerade in gegenwärtiger Zeit einer raschen Strafrechtspflege zukommt, werden die Gerichte und Staatsanwaltschaften angewiesen, auf eine beschleunigte Behandlung der Revisionen in Strafsachen besonders bedacht zu sein. Zu diesem Behuf ist vor allem notwendig: die rasche Ausarbeitung der Urteile, die Vermeidung prozessualer Fehler, durch die Verzögerungen herbeigeführt werden, die Aufsicht über den Verbleib der Akten und die rasche Abwicklung des Durchlaufs der Revisionen seitens der damit befaßten Stellen. Durch die Behandlung von Nebenpunkten (z. B. Zweifel über die Höhe von Zeugen- oder Sachverständigengebühren, Gnadengesuche von Mitangeklagten) soll die Einsendung der Akten an das Revisionsgericht keinesfalls aufgehalten werden. In Fällen solcher Art kann es sich empfehlen, Auszüge oder Abschriften aus den Akten anzufertigen, soweit sie zur Behandlung des Nebenpunkts erforderlich sind.

### Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland.

In der Entwicklung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes trat in der ersten Julihälfte, wie in jedem Jahre, wenn die zur Heuernte eingesetzten Kräfte wieder entbehrlich werden, eine Stockung ein, so daß das bei den Arbeitsämtern gemeldete Kräfteangebot, das sich Ende Juni auf 301 716 Arbeitssuchende belief, nicht mehr weiter abnahm, sondern um ein geringes auf 302 243 Personen anstieg; 122 322 davon entfielen auf die Arbeitsamtsbezirke in Württemberg und Hohenzollern und 179 921 auf die badischen Bezirke. Von den Arbeitssuchenden waren 287 875 als arbeitslos zu betrachten, und zwar 114 344 in Württemberg und 173 531 in Baden. Der Unterschied zwischen den Zahlen der Arbeitssuchenden und Arbeitslosen von über 14 400 Personen rührt in der Hauptsache daher, daß sich die bei den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge und des freien Arbeitsdienstes beschäftigten Personen zur Vermittlung auf dem freien Arbeitsmarkt als Arbeitssuchende zur Verfügung stellen müssen. Nach den letzten statistischen Feststellungen von Ende Juni waren rund 5300 Mann als Notstandsarbeiter in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge untergebracht und fast 5700 Personen, darunter ungefähr 300 Frauen und Mädchen, waren als Arbeitsdienstsleistende in den Maßnahmen des freien Arbeitsdienstes beschäftigt. Während die Form der Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten schon lange mit Erfolg in Anwendung ist, ist der freie Arbeitsdienst erst seit 1. August 1931 in Tätigkeit. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß zwei Fünftel der Beschäftigten Jugendliche unter 21 Jahren waren. Die Zahl der Personen, die von der Reichsanstalt als Hauptunterstützungsempfänger betreut werden, ist in der Berichtszeit in der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung um 3562 und in der Krisenunterstützung um 3490 zurückgegangen. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war nach der Statistik der Arbeitsämter am 15. Juli 1932 folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 53 686 Personen (36 988 Männer, 16 698 Frauen), in der Krisenunterstützung 85 315 Personen (69 366 Männer, 15 949 Frauen). Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist um 7052 Personen oder um 4,8 v. H., nämlich von 146 053 Personen (111 659 Männer, 34 394 Frauen) auf 139 001 Personen (106 354 Männer, 32 647 Frauen) gefallen; davon kamen auf Württemberg 58 190 gegen 61 711, auf Baden 80 811 gegen 84 342 am 30. Juni 1932. Im Gesamtbezirk des Landesarbeitsamts Südwestdeutschland kamen am 15. Juli 1932 auf 1000 Einwohner 27,6 Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenunterstützung. Die Zahl der von den Fürsorgeverbänden unterstützten Wohlfahrtsberwerblosen wird immer nur Ende des Monats gezählt; Ende Juni waren es 78 751 Personen oder 15,3 vom Tausend der Einwohner.

### 7500 Arbeitsdienstsleistende in Südwestdeutschland.

Nach den letzten statistischen Feststellungen Ende Juni im Bezirk des Landesarbeitsamts Südwest waren rund 5300 Mann als Notstandsarbeiter in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge untergebracht und fast 7500 Personen, darunter ungefähr 300 Frauen und Mädchen, als Arbeitsdienstsleistende in den Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes beschäftigt. Während die Form der Arbeitsbeschaffung durch Notstandsarbeiten schon lange mit Erfolg in Anwendung ist, ist der freiwillige Arbeitsdienst erst seit 1. August 1931 in Tätigkeit; mit welchem Erfolg, geht aus folgenden Feststellungen hervor: Im August 1931 wurden in Südwestdeutschland die ersten Maßnahmen des freiwilligen Arbeitsdienstes begonnen. Die Zahl der Beschäftigten belief sich Ende 1931 auf 60 Mann. Der Gedanke hat anfänglich nur langsam, dann aber immer rascher an Boden gewonnen.

Bis Ende Juni wurden zur Beschäftigung von 7700 Arbeitslosen vom Landesarbeitsamt im ganzen über 200 Arbeitsstellen anerkannt, von denen bis Ende Juni ungefähr der vierte Teil schon wieder beendet war. Die Zahl der beschäftigten Arbeitsdienstsleistenden betrug Ende Oktober 168 Mann, Ende Dezember 481, Ende Februar 1405, Ende April 2946, Ende Mai 4561 und Ende Juni 5654. Von besonderer Bedeutung ist dabei, daß zwei Fünftel der Beschäftigten Jugendliche unter 21 Jahren waren.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 25. Juli 1932.

### Werbe- und Schauturnen des Turnvereins Calw.

Der Turnverein Calw hielt gestern sein alljährliches Schauturnen in Verbindung mit dem Georgii-Baummann-Reichertischen Stiftungspreisturnen ab. Ein nach regnerischem Wochende überraschend schöner Sonntag begünstigte die groß angelegte Veranstaltung auf dem Turn- und Spielplatz des Vereins an der Hirsauer Straße. Voraus ging ein Werbezug durch die Stadt. Von der Vorstadt aus bewegte sich der überaus stattliche Zug der Turner und Turnerinnen in Turnkleidung mit Musik und Vereinsfahne durch die Straßen, um schließlich auf dem Turnplatz zu enden. Dort wurde nach einer Begrüßungsansprache des Vorstandes, Verwaltungsdirektor Proß, sofort mit den Kinder- und Jugendwettkämpfen begonnen. Sie wurden stramm und in gutem Turnergeist durchgeführt, ein frohes Spiel der Kräfte und Willensbereitschaft, die sinnvolle Turnpflege vertrat, welche den Körper bildet und gesund erhält, ohne den falschen Ehrgeiz, Spitzenleistungen nachzujagen. Wer die frische Jugend bis herab zu den Kleinsten bei der Arbeit sah, konnte seine helle Freude haben und die verantwortungsbewusste Arbeit des Vereins, insbesondere seiner Turnwart, Kriegerführer u. a. Helfer schätzen lernen. Das sich an die Wettkämpfe anschließende Schauturnen wurde mit einer Begrüßungsrede und einem großen Aufmarsch aller Turner und Turnerinnen sehr wirkungsvoll eröffnet. Mehr als 1000 Zuschauer säumten die Terrassen und begrüßten die Turnerjugend mit lautem Beifall. In der Folge wickelte sich, von den Klängen der Stadtkapelle begleitet, ein außerordentlich reichhaltiges turnerisches Programm vor dem Beschauer ab. Von den Jugendturnwarten Gehring und Walz geleitet, sah man Frei- und Stabübungen, sowie Spiele und Reigen der Kinderabteilungen. Die exakten Übungen, ein lustiges Freireigen der Schüler, ferner Wettläufe, Sachhüpfen, Puppenspielen und Kinderreigen fanden bei alt und jung großen Anklang. Dann warteten die Turnerinnen unter Führung von Oberturnwart Zahn mit Stab- und Freiübungen sowie einem reizvollen Tanzreigen auf. Ihre Darbietungen zeichneten sich durch Anmut und Gewandtheit aus und gewannen durch die kleidbare blaue Turnbekleidung erhöhte Wirkung. Unter der rührigen Leitung von Oberturnwart Pantle boten die Turner ausgezeichnete durchgeführte Freiübungen und, von dem vorzüglichen Sprinter des Vereins, Herrn Regenberga, geleitet, eine Schwedenstafel, zwei viermal 100 Meter-Staffeln und eine von allen Turnern gelaufene Olympische Staffel. Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildeten die Darbietungen einer durch auswärtige Turnfreunde ergänzten Turnriege — es befanden sich darunter zwei Sieger vom Schweizerischen Turnfest in Aarau — im Turnen an Barren, Pferd und Reck sowie in leichtathletischen Kürübungen. Es wirkten hierbei die Kunstturner Mosbrugger, A. K. A. und Gehring, Lang vom T.-V. Forzheim von 1894, A. Berle und Mößner vom Turnerbund Cannstatt sowie E. Seeger vom T.-V. Altensteig, Dirr und Dittus vom T.-V. Simmozheim und Pfrommer vom T.-V. Calw mit. Die gezeigten Leistungen waren geradezu hervorragend und riefen immer wieder Stürme des Beifalls hervor. Den Schluß der großen Veranstaltung, deren ausgezeichnete Verlauf erneut Zeugnis von der erfolgreichen Arbeit des Turnvereins gab und diesem gewiß wieder viele neue Freunde zugeführt hat, bildete die Verteilung der Urkunden aus dem Stiftungspreisturnen an Schüler, Schülerinnen und Jugendturner durch den Vereinsvorstand, der in seiner Schlussansprache nicht verabsäumte, allen Mitwirkenden für das gute Gelingen des Tages herzlich zu danken. Der Abend sah dann noch die Vereinsmitglieder zu einigen frohen Stunden der Unterhaltung im Bad. Hof vereint.

### Ergebnisse der Staffelläufe.

Olympische Staffel. 1. Sieger: 2. Mannschaft Calw, 4 Min. 07 Sek.

Viermal 100 Meter-Staffel. 1. Sieger: 1. Mannschaft Calw, 46,8 Sek., neue Vereinsbestzeit (Reuch, Seeger, Hengler, Regenberga).

Jugend, 100 Meter-Lauf. 1. Sieger: Schler, R. 12,1 Sek.; 2. Fink, W., 12,1 Sek.; 3. Seher, A., 12,2 Sek.

Viermal 100 Meter-Staffel. 1. Sieger: 1. Mannschaft, 50,0 Sek.

Die Ergebnisse des Stiftungspreisturnens werden in der morgigen Ausgabe veröffentlicht.

### Vortragsabend des Tannenbergbundes

In einer Veranstaltung des Tannenbergbundes sprach am Samstag im Weisshen Saal Dipl.-Ing. Petermann-Nürnberg über einen drohenden Interventionskrieg gegen Sowjet-Rußland. Der Tannenbergbund ist bekanntlich eine von General von Ludendorff geführte Kampfbewegung gegen die überstaatlichen Mächte, die Völkerverflechter kapitalistischer und weltanschaulicher Art: Rom, Juda und die Freimaurerei. Der Redner zeigte in großen Zügen und an vielen Belegen auf, wie von seiten der überstaatlichen Mächte, die schon den Weltkrieg 1914-18 hervorriefen, alle Vorbereitungen getroffen sind, um den von der Weltfreimaurerei ins Leben gerufenen Bolschewismus durch einen Interventionskrieg gegen Sowjetrußland zu „entthronen“. Vester Grund dieser Aktion ist nach Ansicht des Redners die Entfesselung eines neuen Weltkrieges mit dem Endziel, Frankreichs Vorherrschaft in Europa endgültig zu beseitigen. Deutschland soll durch Beteiligung an dem Interventionskrieg, der sich z. T. auf deutschem Boden abspielen dürfte, erneut geschwächt, militärisch und wirtschaftlich niedergehalten werden. Europäisch-Rußland wollen England und Frankreich

Durch Schaffung einer finnisch-lappländischen Autonomiepublik und eines geeinten Armeniens aufsteilen und beherrschen, während Japan die Oberherrschaft über Sibirien zugebracht ist. Der Redner deutete an, daß der Interventionkrieg gegen Rußland näher stehe als wir ahnten. Seit Oktober 1931 habe sich in Deutschland eine vollkommene Umstellung der Politik vollzogen. Die auch militärpolitisch guten Beziehungen zum Osten seien abgebrochen und westlich orientiert worden. Herr von Papen habe schon vor der Regierungsübernahme als Geheimkammerer des Papstes für ein deutsch-französisch-polnisches Bündnis gegen Rußland gearbeitet. In Lausanne seien neben den Staatsmännern auch die Militärkommissionen und Vertreter der Rüstungsindustrien zusammengetreten. Es habe sich dort mehr um die Frontbildung und Finanzierung des Krieges gegen Rußland als um die Vereinfachung der Tributfrage gehandelt, und die Geheimverträge enthüllten, daß viel erreicht worden sei. Brining sei gegangen, weil er den Neutralitätsvertrag mit Rußland (Berliner Vertrag) nicht habe brechen wollen. Was Hitler das „überstaatliche Rom“ mit Hilfe der abgewirtschafteten Links-Reaktion vorbereite, wolle es jetzt mit Hilfe der ihm hörigen Herrn Hitler, Hugenberg und v. Papen vollenden. Während an den Grenzen Polens und Rumaniens der Aufmarsch gegen Rußland organisiert werde und in Deutschland technische Vorbereitungen (z. B. im Bahnbau) getroffen würden, stehe im Fernen Osten Japan zum Vorschlag bereit. Sehr interessant waren die Ausführungen des Redners, der als Berater der Obersten Baubehörde der Sowjetunion von 1929-1931 tätig war, über die wirkliche Lage in Rußland. Er sprach vor allem von dem erbitterten Kampf zwischen dem Nationalsozialismus (Lenin-Stalin) und dem jüdischen Bolschewismus (Trotskigruppe). Der letztere hemme das russische Aufbauprogramm mit allen Mitteln und treibe im Bunde mit Freimaurern und Jesuiten zum Interventionskrieg. Das Memorandum mit dem russischen Fünfjahresplan sei töricht und leiste nur den bestmöglichen Vorschub. Rußland könne mit seinen technischen Leistungen zufrieden sein, eine Weltkonkurrenz bedeute es aber noch lange nicht. Der Russe besitze genügend Selbstkritik, um das Selbst zu erkennen. Der Redner forderte zum Schluß dazu auf, der Parole des Kampfbundes zu folgen und am 31. Juli Wahlenthaltung zu üben, um dem freihändlerischen System durch Vertrauensentzug das Recht zur Gefährdung abzuspüren; v. Papen möge ruhig unterschreiben, die kommende Generation werde die Verträge zerreißen. Der Versammlungsleiter, Fortmeister Bögle-Wildberg, bezeichnete es in einem Schlusswort als Verbrechen, die Jugend erneut für Kriege und Blutvergießen um kapitalistischer Interessen willen zu gewinnen und forderte Aufklärung der Wähler über die Drahtzieher der Geschichte.

#### Deutscher Tag in Stammheim.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Bezirk Calw 1, veranstaltete am gestrigen Sonntag im Garten des Gasthauses zur Linde in Stammheim einen Deutschen Tag, der, von prächtigem Wetter begünstigt, unter zahlreicher Beteiligung programmäßig verlief. Der auf 2 Uhr angelegte Werbemarsh der SA durch die Straßen Stammheims fand allerdings nicht statt. Den Hauptteil der Veranstaltung bildete das „Große Militär-Konzert“, ausgeführt von der SA-Kapelle Standarte 119 Stuttgart unter Leitung von SA-Kapellmeister Franz und dem Spielmanschnitz Sturmbann 1/119 Stuttgart. Die gut besetzte Kapelle spielte mit hoher künstlerischer Vollendung eine Reihe flotter Märsche und ansprechende Musikstücke. Besonders hervorgehoben seien das Tongemälde: Ein Morgen in Sanssouci, das Polpourri: Allerhand aus dem Schwabenland und der „Große Zapfenstreich“. Starke, dankbarer Beifall der zahlreichen Zuhörer schloß die schönen Darbietungen. In den Pausen hielten mehrere nationalsozialistische Führer kurze Ansprachen. So sprach Bürgermeister Ditz, Stammheim, M. d. L., über die Bedeutung des 31. Juli, die Kampfziele und die Aufbaupläne des Nationalsozialismus. Nicht um Machtpolitik handle es sich bei diesem Kampfe, sondern um die Rettung Deutschlands, um Leben und Sein des deutschen Volkes. Die 400 gefallenen Nationalsozialisten haben ihr Leben nicht um einer Partei willen geopfert, sondern um

des deutschen Volkes willen. Das dringlichste Problem in der heutigen Not sei die Beschaffung von Arbeit und Brot. Der Nationalsozialismus werde Arbeit und Brot schaffen, freilich nicht nach dem bisherigen falschen Grundsatze: „Kapital schafft Arbeit“ durch Einführung fremden Kapitals, sondern nach dem einzig richtigen Grundsatze: „Arbeit schafft Kapital“. Ein Weg zur Behebung der Arbeitslosigkeit sei die Arbeitsdienstpflicht. Die Pläne für die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht liegen fix und fertig in der Schublade, sie brauchen nur herausgezogen zu werden. 1.300.000 junge Leute im Alter von 18 bis 21 Jahren werden durch den einjährigen Arbeitsdienst erfasst, stellen ihre Kraft ganz in den Dienst des Vaterlandes und schaffen im Lauf der Jahre durch Urbarmachung von Dehland, Sümpfen und Mooren neues Kulturland für 100.000 Siedlungsstellen. Ein zweiter Weg zur Arbeitsbeschaffung sei die Aufstellung unrentabler Rittgüter in den Gebieten des vorherrschenden Großgrundbesitzes, in Ostpreußen, Pommern, Schlesien. Die Enteignung solle geschehen teils gegen Entgelt, wo der Besitz rechtmäßig erworben oder erworben worden sei, teils aber auch unentgeltlich, wo der Besitz unrechtmäßigerweise erworben sei oder nicht nach den Gesichtspunkten des Volkswohls verwaltet werde. Durch die Kultivierung von Dehland und die Aufteilung unrentablen Großgrundbesitzes erhalten Hunderttausende nachgeborener Bauernöhne eine eigene Scholle und zahlreiche Handwerker, Gewerbetreibende und Fabriken lohnende Arbeit. Eine Rednerin aus Stuttgart wandte sich in einem temperamentvollen Aufruf an die deutschen Frauen und Mütter. Es sei falsch zu sagen, die Frau gehöre nicht in die Politik. Wie die deutschen Frauen und Mütter im Weltkrieg die schwersten Opfer gebracht haben, so sei es auch jetzt ihre heilige Pflicht, mitzuwirken im Kampfe um die Befreiung Deutschlands. Sehr scharf ging Stadtrat Wurster - Calw ins Zeug, indem er die Kameraden zur reiflichen Durchführung des Kampfes unter Einsatz von Gut und Blut aufforderte und getreu dem Wort: „Wer nicht hassen kann, kann auch nicht lieben“, den Feinden des Nationalsozialismus Haß und Rache ankündigte. Der „Große Zapfenstreich“ mit dem Deutschland-Lied und das Horst-Wessel-Lied beendeten die Veranstaltung.

#### Der Holunderstrauch.

Die letzten Blüten trägt gegenwärtig der uralt-heilige Holunderstrauch. Er ist jedermann bekannt. Bescheiden wächst er im schlechtesten, hintersten Winkel des Gartens und an den Häusern und überläßt gerne anspruchsvollen Bäumen den Sonnenplatz. Wie oft er auch zurückgeschritten wird, stets schlagen frische Triebe aus der Wurzel empor, breiten sich zu Ästen und Zweigen aus, die liebevoll sich entgegenrecken und alles umfassen möchten. Der Strauch wurde schon oft mit einer Mutter verglichen. Wie sein Wesen, so gleicht auch sein Neukeres mit dem grauen, knorrig-riffigen Stamm und den weißen Blumentellern der Gestalt der schaffenden Mutter im grauen Haar, vom Alter geblüht, mit dem runzeligen Gesicht unter einer weichen Haube. Und wie die gütige Mutterhand, so hält der Strauch auch allerlei Spielzeug für die Kinder und verschiedene Wunderkräfte für die Alten bereit. Der Holunderstrauch ist tief im deutschen Volksglauben verwurzelt. Auf alten Bauernhöfen ist er immer zu finden; jeder Landmann pflanzt ihn an sein Gehöft, denn er bewahrt vor Blitzegefahr und sein herber Geruch vertreibt Ungeziefer aus den Ställen. Aber auch als Heilmittel wurden einzelne Teile des Strauches verwendet. Die Blüten dienen als schweißtreibendes Mittel und zum Baden von Köpfchen. Die Verwendung der Blüten zum Baden ist besonders in Württemberg verbreitet. Die Weingärtner beurteilen nach der Holunderblüte die Traubenblüte; erscheint erstere gleichförmig, so ist dies auch für die Nebenblüte zu erwarten. Die mit dunkel-violetter Saft erfüllten Beeren schmecken süß-säuerlich und werden zur Bereitung einer Suppe und zu Holundermus verwendet. Auch der Aberglaube bemächtigte sich der Zauberkräfte des Holunderbushes. Ausgefallene Zähne und Haare wurden unter feinem Blätterdach begraben in der Hoffnung, daß neue Zähne und Haare nachwachsen werden. Auch das Volkslied hat den Holunder in seinen Bereich gezogen. Bekannt ist das Kinderlied: Ringel, Ringel, Reiche, es sind der Kinder dreie, sit-

zen unterm Holderbusch, schreien alle husch, husch, husch. Ein anderes Volkslied, das in eine allgemeine Volksweise übergegangen ist und überall gesungen wird, lautet: Der Holderbusch, der Holderbusch, der blüht so schön im Mai, da sah ein kleines Vögelein, das sang von Lieb und Tren.

#### Wetter für Dienstag und Mittwoch

Über Süddeutschland macht sich allmählich Druckanstieg bemerkbar, so daß für Dienstag und Mittwoch mehrfach heiteres und vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten ist.

Altensteig, 24. Juli. Die Diamantene Hochzeit feierten in Offenhausen, Olt. Münsingen, Forstdirektor a. D. Stöck und Gattin. Forstdirektor a. D. Stöck kam f. Jt. von Hoffstet, wo er Revierförster war, nach Altensteig. Er hatte dann viele Jahre das hiesige Forstamt unter sich und ist hier noch als leutseliger Beamter in bester Erinnerung.

Dobel, 24. Juli. Am Sonntag feierte die Gesamtkirchengemeinde Dobel einen frohen Tag: Nach fast zwei Monaten konnte sie wieder ihre Kirche für den Gottesdienst benützen. Die Kirche mußte wegen Feuchtigkeit und ihrer Begleiterscheinungen einer Innenrenovation unterzogen werden, was unter der sachverständigen Anleitung von Professor Seytler-Stuttgart geschah.

Stuttgart, 24. Juli. Im Laufe des Samstag und Sonntag haben drei Personen Selbstmordversuche unternommen, jedoch besteht bei niemand Lebensgefahr. In einem unbewachten Augenblick hat am Sonntagvormittag ein einjähriges Kind einen Topf mit heißem Wasser vom Gasherd heruntergezogen. Es erlitt am ganzen Körper Verbrennungen. Im Rotwildpark in der Nähe des Schattentwirtschauses ist am Sonntagvormittag durch einen Spaziergänger die schon stark verweste Leiche eines Mannes aufgefunden worden. Die Persönlichkeit des Toten, der, wie einwandfrei festgestellt ist, Selbstmord durch Erhängen verübt hat, steht bis jetzt noch nicht fest.

wp. Kirchheim, 24. Juli. Dieser Tage stehen Banarbeiter beim Ausheben einer Baugrube an der Lindendorfer Straße in einer Tiefe von 1,20 Meter auf ein noch gut erhaltenes Kistchen, das eine größere Anzahl Geldscheine aus der Inflationszeit enthielt. Der unbekannte Raub, der diesen Schatz seinerzeit im Schweiße seines Angesichts der Erde anvertraute, hatte ein Schriftstück beigelegt, in dem bestimmt wird, daß der ganze Inhalt dem Finder gehören soll.

#### Geld-, Volks- und Landwirtschaft

##### Kartoffelgroßmarkt

Stuttgart, 24. Juli. Zufuhr 200 Zentner, Preis 2,50 bis 3,20 RM. für 1 Zentner.

##### Calwer Wochenmarkt

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffel 4,50 RM. der Zentner, das Pfund 5 Pf., bei 10 Pfund 45 Pf., Zwiebel 10-12, Weißkraut 35, Wirsing 8-12, Bohnen 10-25, Brockelerbsen 23, Tomaten 30-35, Spinat 15, gelbe Rüben der Bund 8, das Pfund 15, Kohlräbchen 5-8, Gurken 10-35, Kopfsalat 3-8, Blumenkohl 10-40 je das Stück, Stachelbeeren 20-28, Traubler 20-22, Trauben 60, Birnen 40-45, Pfirsich 40, Kirschchen 15-20, Heidelbeeren 23-25, Tafelbutter 1,55 Landbutter 1,30, Eier 7-8.

##### Schweinepreise

Balingen: Milchschweine 12-20 RM. — Galt: Milchschweine 12-18 RM. — Rottweil: Milchschweine 11-16 RM.

##### Fruchtpreise

Balingen: Haber 9,80 RM. — Wiengen a. d. Br.: Weizen 12-12,80, Kernen 13 RM. — Lidingen: Weizen 11-15, Dinkel 10-10,50, Gerste 10-11, Haber 8,50-9 RM. — Winnenden: Weizen 13,20-13,50, Haber 7,50-8,50, Dinkel 10-10,50, Gerste 9,30 RM.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die log. wirtschaftlichen Verkehrskosten in Zuschlag kommen. Die Schriftlta.

**Amtl. Bekanntmachungen**  
Oberpostdirektion Stuttgart  
**Vergebung v. Hochbauarbeiten**  
für d. Posthausneubau in Calw  
und zwar:  
**Plattenbelagsarbeiten, Gipsfisch**  
**und Holzfußböden.**  
Die Vergabung erfolgt auf Grund der Verdingungsordnung für Bauleistungen (V. D. B.) aufgestellt vom Reichsverdingungsausschuß August 1925 (Neueste Auflage). Die Unterlagen können bei dem unterzeichneten Amt in der Zeit vom 23. Juli bis 29. Juli 1932 abgeholt werden. Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, ebenda bis 30. Juli, vormittags 11 1/2 Uhr einzureichen. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung statt, welcher die Bieter beiwohnen können.  
Calw, den 22. Juli 1932.  
**Bauleitung für den Postneubau Calw**  
Calw, Badstraße 41.

Schöne  
**Eräuble und Stachelbeeren**  
gibt ab und nimmt Bestellungen entgegen  
Gottlob Niehammer,  
Marktplatz

**Bausparvertrag der G. d. F. Württemberg**  
über M. 12.000, 1/2 einbezahlt, umständlicher zu verkaufen.  
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.



Wie  
**Apfelmose!**  
Haustunk  
**Heinen's Moselextrakt**  
altbewährt, gesund und billig.  
Herstellg. erl. 10 Pf. 1/2 Lt.

jetzt wieder in Flaschen zu haben  
bei  
**Pleiffer**  
calw, badstr., telefon 292.

**Brennessel- und Birkenhaarwasser**  
für Haare und Haarboden  
Flasche Mk. 1,35 bei  
K. Otto Vinçon, Calw

Empfehle  
**Beerenmühle und -Presse**  
zur gefälligen Benützung u. halte mein Lager in

**Säffern**  
(aller Größen)  
bestens empfohlen.  
Friedrich Schab  
Räfermeister

Verkaufe eine ganz erstklassige  
**Rug- und Fahr-Ruh**  
mit dem zweiten Kalb unter jeder Garantie.  
Michael Rentzler  
Schönbürg, Olt. Neuenbürg, Bergstraße 56.

**Preis-Abschlag!**  
Lassen Sie bei  
**PHÖNIX**



älteste u. größte Spezialwäscherei in Stuttgart  
**Kragen und Oberhemden**  
waschen u. bügeln, sie werden wie neu.  
Annahmestelle:  
**Geschw. Stanger**  
Altburgerstraße 11

Die Verleumdungen, die in letzter Zeit gegen mich gemacht worden sind, entsprechen nicht der Wahrheit. Bei weiteren Verleumdungen werde ich gerichtlich vorgehen.  
Friedrich Hagenlocher  
Schuhmacheremeister  
Hilfengasse 11.

**Achtung!**  
Heute abend um 7 Uhr spricht  
der Führer des Christl. Volksdienstes  
**Reichstagsabgeord. Simpfendorfer im Radio.**  
Christlicher Volksdienst, Ortsgruppe Calw  
**Bezirks-Handels- u. Gewerbeverein Calw**  
Am Montag, 1. August, besucht der Verein die  
**Bezirks-Gewerbe-Ausstellung in Nagold.**  
Abfahrt: 11.52 Uhr. Die Mitglieder werden zu zahlreicher Beteiligung eingeladen. Fahrt und Eintritt in die Ausstellung frei. Anmeldungen bis Samstag, 30. Juli, wegen eventl. Fahrpreisermäßigung bei  
Vorstand Heinrich Effig.

**Kinderheilstätten-Lotterie!**  
Infolge ungenügenden Losabzuges mußte die Ziehung der Kinderheilstätten-Lotterie, die am 15. Juli erfolgen sollte, auf Ende Oktober d. J. verlegt werden. Das endgültige Ziehungsdatum wird noch bekannt gegeben. Der Losverkauf geht in den bekannten Verkaufsstellen somit weiter.

**Alle Drucksachen für die Reichstagswahl liefert rasch und preiswert die Druckerei des „Calwer Tagblatt“.**